

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Digitalisierungsausschusses**  
**am 13.02.2019**

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus  
Beginn: 17:02 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 17:39 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Thorsten Kirstein  
Herr Carsten Krumhöfner  
Herr Simon Lange  
Herr Alexander Rüsing  
Frau Carla Steinkröger

SPD

Frau Dorothea Brinkmann  
Herr Sven Frischemeier  
Herr Lukas Koch  
Herr Dr. Michael Neu  
Herr Sören Witt

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn  
Herr Dominic Hallau  
Frau Christina Osei

BfB

Herr Thomas Rüscher

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Bürgernähe/Piraten

Herr Pablo Bieder

Von der Verwaltung:

Herr Fliege – Bürgeramt  
Herr Stadtkämmerer Kaschel  
Herr Leifeld – (Schriftführer) Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen  
Herr Meier – Stab Dezernat 1  
Frau Schlüter - Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen  
Herr Struwe – Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der stellv. Ausschussvorsitzende, Herr Rüscher, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Herr Rüscher stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Herr Rüscher teilt mit, dass die Verwaltung den TOP 7 „Digitalisierung: Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse in Bezug auf das Projektbüro für die Digitale Modellregion OWL“ zurückgezogen hat.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis -

Herr Rüscher teilt mit, dass die Verwaltung vorschlägt, neu als TOP 7 die Drucksachennummer 8067/2014-2020 auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Vorlage werde als Tischvorlage verteilt. Auf Vorschlag von Herrn Rüscher fasst der Digitalisierungsausschuss folgenden

### **Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird um den TOP 7**

**„Stand des geförderten Breitbandausbaus in den weißen Flecken und Schulen im Stadtgebiet Bielefeld“ (Drucksachennummer 8067/2014-2020)**

**Erweitert.**

- Einstimmig beschlossen -

## **Zu Punkt 1**

### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 1. Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 09.01.2019**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Zur Niederschrift weist Herr Hahn zum TOP 3.3 „Windows 10: Rollout in den Dienststellen der Stadt Bielefeld“ darauf hin, dass ihm die Antwort der Verwaltung zu seiner Frage zum „Verfahren zur Clientspiegelung (PXE-boot)“ nicht befriedigend sei. Herr Hahn wünscht eine detailliertere Begründung, warum das Verfahren zur Datenspiegelung bei der Stadt nicht angewendet wird.

Herr Rüscher bittet die Verwaltung, dies durch einen Zusatz in der Niederschrift der heutigen Sitzung vorzunehmen. Die Verwaltung sichert dieses zu.

### **Zusatz im Rahmen der Niederschrift:**

„Client Server Modelle sind grundsätzlich auch für die Stadt Bielefeld eine interessante Option, gerade vor dem Hintergrund von Windows 10 und der damit verbundenen Notwendigkeit nicht nur Clients, sondern auch die darauf laufende Fachsoftware in kürzeren Abständen als bisher anpassen zu müssen.

Zum Startzeitpunkt des Windows 10 Projektes lagen allerdings weder ausreichendes Wissen noch Erfahrungen damit bei Stadt oder Stadtwerken vor, so dass vor dem Hintergrund der Projektlaufzeiten von Windows 10 und des Hardwarerahmenvertrages diese Möglichkeit nicht weiterverfolgt werden konnte. Im Rahmen der stetigen Optimierungen unserer IT-Landschaft, werden Client Server Modelle aber weiterhin eine Option sein. In einzelnen Bereichen (z.B. im Umweltbetrieb) werden sie bereits heute eingesetzt.“

Ohne weitere Aussprache fasst der Digitalisierungsausschuss anschließend folgenden

### **Beschluss:**

**Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 1. Sitzung des Digitalisierungsausschusses am 09.01.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- Bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

## **Zu Punkt 2 Mitteilungen**

### **Zu Punkt 2.1 zusätzliches Angebot von Online-SEPA-Mandaten**

Herr Kaschel informiert:

Für wiederkehrende und einmalige Einnahmen können die Zahlungspflichtigen der Stadt Bielefeld ein SEPA-Mandat erteilen. Bei wiederkehrenden Einnahmen liegt der Abbucher-Anteil bei durchschnittlich 65 %, bei der Grundsteuer sogar bei erfreulichen 97 %.

Derzeit werden SEPA-Lastschriftmandate von uns nur dann akzeptiert, wenn sie ausgedruckt und im Original unterschrieben vorgelegt werden. Im Zusammenhang mit der weiteren Digitalisierung der Verwaltung und unter dem Aspekt der Kundenorientierung wurden Alternativen geprüft, das Erteilen von SEPA-Mandaten auch online zu ermöglichen. Zudem sollen Bezahl-Prozesse beschleunigt werden.

Grundsätzlich kann das Online-SEPA-Mandat in fast allen Dienststellen für wiederkehrende und einmalige Einnahmen zur Verfügung gestellt werden. Die Pilotbereiche werden kurzfristig in Abstimmung mit den Fachämtern festgelegt.

Die Möglichkeit der Online-SEPA-Mandate soll den Zahlungspflichtigen zum nächstmöglichen Zeitpunkt über die ausschließliche Eingabe von Vertragsgegenstand (Kassenzeichen), IBAN und Kontoinhaber ermöglicht werden. Diese Lösung bietet einen leichten Zugang und verspricht die größte Nutzungswahrscheinlichkeit.

Eine missbräuchliche Nutzung ist – wie auch beim bisherigen papierernen Verfahren – nicht ausgeschlossen. Den Abbuchungen könnte der Zahlungspflichtige entsprechend den gesetzlichen Regelungen 13 Monate widersprechen. In diesen Fällen müsste das Geld zurückgezahlt werden, die städtische Forderung jedoch bliebe bestehen.

Die Nutzungshäufigkeit sowie die Rückforderungen mit der Begründung eines fehlenden SEPA-Mandates werden von der Stadtkasse nachgehalten und regelmäßig ausgewertet. Sofern sich nennenswerte Probleme mit dem Online-Verfahren ergeben, könnte dieses kurzfristig wieder deaktiviert werden.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

---

## Zu Punkt 2.2

### Neustrukturierung des Amtes für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen

Herr Kaschel informiert:

Im Rahmen der „Neuorganisation der städtischen IT in der Stadt Bielefeld“ hat die Verwaltung nach der Auflösung des ehemaligen städt. Informatik-Betriebs Bielefeld (IBB) die organisatorische Zuordnung der IT-Steuerung und der IT-Leistungserbringung neu geregelt und zum 01.01.2018 in die Kernverwaltung, konkret im Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen (Amt 110) gebündelt.

Im Verlauf des zurückliegenden Jahres haben wir festgestellt, dass die Aufnahme der Aufgaben des IBB, die einzuleitende Neuausrichtung der städtischen IT mit einer erweiterten IT-Steuerung, die anzustrebende Aufgabenverzahnung von IT und Organisation zusätzlich zu den bis 2017 im ehemaligen Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen bereits zusammengeführten, zum Teil sehr unterschiedlichen Aufgabenstellungen und Leistungen eine derart gravierende Strukturveränderung und ein Aufgabenvolumen darstellen, das nach unserer Überzeugung eine noch akzeptable `kritische Größe` überschreitet.

Das Ausscheiden des jetzigen Amtsleiters aus dem Dienst der Stadt nimmt die Verwaltung daher zum Anlass, das Amt für Personal, Organisation, IT und Zentrale Leistungen (110) neu zu strukturieren und stellenplanneutral daraus ein Amt für Organisation, IT und Zentrale Leistungen (100) und ein Amt für Personal (110) zu bilden. Dabei stellen wir sicher, dass die erweiterte IT-Steuerung und die IT-Leistungserbringung organisatorisch und kooperativ in einem Amt verbleiben und die Aufgabenver-zahnung von Organisationsentwicklung und IT hin zu einer zukunftsorien-tierten kommunalen Organisations- und IT-Entwicklung fortgesetzt wer-den kann.

In der Nachfolge von Herrn Voßhans als jetzigem Amtsleiter werden mit Wirkung ab dem 01.04.2019 Herr Frank Meier die Leitung des Amtes für Organisation, IT und Zentrale Leistungen, und Herr Hartmuth Leisner die Leitung des Amtes für Personal übernehmen.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

---

### **Zu Punkt 3      Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

### **Zu Punkt 4      Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

---

### **Zu Punkt 5      Sachstandsbericht über online-fähige Prozesse der Bürgerbe-ratung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7983/2014-2020

Herr Hallau fragt, ob in der Anlage zur Informationsvorlage alle Prozesse des Bürgeramtes aufgelistet sind. Herr Fliege bestätigt dies.

Zur Frage von Frau Osei bezüglich Zahlungen in der KfZ-Zulassungsstelle weist Herr Fliege darauf hin, dass es sich bei der Zulassungsstelle um eine Dienststelle des Ordnungsamtes handelt. Herr Kaschel informiert, dass seines Wissens die Zulassungsstelle an Lösungen

zur elektronischen Bezahlung arbeitet.

Herr Schlifter fragt, wie man die Informationen bekommen kann, welche Prozesse online sind und ob weitere Kommunikationsmaßnahmen geschaffen werden. Herr Fliege erläutert, dass die Inanspruchnahme der Online-Angebote durch ePayment deutlich gestiegen ist und künftig unter Einsatz eines Bürgerportals mit einem weiteren Anstieg der Nutzung gerechnet werde. Hinsichtlich der Kommunikation bestehe aber noch Verbesserungspotential. So werde z.B. der Internetauftritt ab 2020 überarbeitet.

Herr Rüsing regt an, dass der Datenaustausch in der Verwaltung geprüft und verbessert werden solle. Er bemängelt, dass kein Datenaustausch zwischen den Organisationseinheiten stattfindet und äußert die Bitte, dieses in der Verwaltung aufzugreifen und zu thematisieren.

Herr Schlifter regt an, über die Nutzungshäufigkeit der Angebote des Bürgeramtes künftig jährlich regelmäßig zu berichten.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 6

### **Beratung der Zuständigkeit des Ausschusses und Empfehlung an den Rat zur Entscheidung gemäß Zuständigkeitsordnung - 2. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Rüscher weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Digitalisierungsausschusses vom 09.01.2019 als 1. Lesung erfolgte und nunmehr in der heutigen Sitzung abschließend beraten werden solle. Ihm sei im Vorfeld der heutigen Sitzung signalisiert worden, dass es einen möglichen Konsens hinsichtlich des Zuständigkeitskatalogs lt. Verwaltungsvorschlag gibt.

Herr Frischmeier erklärt, dass die Vorlage der Verwaltung sehr grob gefasst sei und folgende wichtige Themen schwerpunktmäßig im Ausschuss behandelt werden sollten:

Open Data

Open Government

Öffentliches WLAN

Entwicklung von Konzepten zum Wissensaustausch

E-Payment

Verkehrsleitsysteme

Digitale Infrastruktur der Verwaltung

Medienentwicklungsplan / Digitale Technik an Schulen

Hard- und Softwarebeschaffungen

Zentrales IT-Budget

Breitbandausbau

## Fragen des Datenschutzes SmartCity

Herr Lange stimmt der Vorlage der Verwaltung grundsätzlich zu, sieht jedoch ebenfalls wichtige Themen, die im Ausschuss voranzutreiben seien. Elementare Voraussetzung sei die digitale Infrastruktur, insbesondere der Breitbandausbau, für die Digitalisierung Bielefelds. Hierbei sollte jedoch differenziert betrachtet werden, in welchen Gebieten eine höhere Bandbreite notwendig ist. Zur Digitalisierung der Stadtgesellschaft sollte der Fokus auf Bildung, Kultur, Mobilität, Logistik, Gesundheit und Pflege, Bauen und Wirtschaft liegen. Dazu sind notwendige Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft/Wertschöpfung schaffen. Die Digitalisierung der Verwaltung gilt es zu optimieren und von anderen Städten zu lernen. Gleichzeitig die Schaffung eines Data Driven Government. Herr Lange regt eine Evaluierung der Zuständigkeiten des Ausschusses nach dem Jahr 2020 an.

Herr Bieder regt an, dass künftig zu relevanten Tagesordnungspunkten der/die Datenschutz-/Datensicherheitsbeauftragte eingeladen werden sollten.

Herr Schlifter weist darauf hin, dass der von Herrn Rüscher eingangs erwähnte Konsens ausschließlich die Vorlage der Verwaltung darstelle.

Frau Osei stimmt diesem beschriebenen Konsens ebenfalls zu. Sie befürwortet eine Evaluation der Zuständigkeiten des Ausschusses jedoch bereits in einem Jahr.

Herr Schlifter fragt im Rahmen der Diskussion, wie detailliert die Verwaltungsvorlage zu sehen sei im Hinblick auf einen möglichen Konsens.

Herr Frischemeier erklärt, dass auch der Medienentwicklungsplan aufgrund des technischen KnowHows im Digitalisierungsausschuss zu behandeln sei. Gleichwohl könne er der Verwaltungsvorlage als Minimalkonsens zustimmen.

Herr Rüscher fasst als Diskussionsergebnis zusammen, dass die zu Protokoll gegebenen inhaltlichen Ausprägungen Detaillierungen sind, zu denen Anfragen und Anträge im Ausschuss gestellt werden können, die aber der Zuständigkeit gemäß Beschlussvorlage nicht widersprechen. Von daher sei mit der Verwaltungsvorlage ein gemeinsam tragfähiger Konsens geschaffen.

Der Digitalisierungsausschuss fasst anschließend folgenden **Beschluss:**

**Der Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die Zuständigkeitsordnungsordnung hinsichtlich der Aufgaben des Digitalisierungsausschusses gem. dem Vorschlag der Verwaltung lt. Anlage zur Drucksache Nr. 7669/2014-2020 zu beschließen. Die Zuständigkeit ist nach der Kommunalwahl im Digitalisierungsausschuss zu evaluieren und ggf. Änderungen dem Rat zur Beschlussfassung zu empfehlen.**

einstimmig beschlossen -

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Stand des geförderten Breitbandausbaus in den weißen Flecken und Schulen im Stadtgebiet Bielefeld**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8067/2014-2020

Herr Rüscher ruft den Tagesordnungspunkt auf und erinnert, dass dieser zu Beginn der Sitzung neu als TOP 7, Drucksachennummer 8067/2014-2020 auf die Tagesordnung genommen wurde. Die Vorlage wird als Tischvorlage verteilt.

Herr Kaschel führt kurz in das Thema ein und informiert, dass in der heutigen Sitzung keine fachliche Begleitung aus dem Fachamt möglich ist. Daher soll der TOP in dieser Sitzung lediglich thematisch in den Ausschuss gebracht werden. Eine Vorstellung und Beratung soll in der kommenden Sitzung des Digitalisierungsausschusses erfolgen.

Herr Frischemeier regt an, dass das Amt für Verkehr, z.B. Frau Opitz, in der nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses die Thematik etwas umfangreicher darstellen möge, gerne auch im Rahmen einer Präsentation, insbesondere was den Bereich der Schulen angehe. Herr Schliffler schließt sich dem an und äußert die Erwartung, dass mehr als ein reiner Statusbericht gegeben werde. Herr Rüscher bittet die Verwaltung, dies in der nächsten Sitzung zu ermöglichen.

#### **Beschluss:**

**Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Digitalisierungsausschusses erneut aufgerufen. Die Verwaltung wird um eine umfassende Darstellung zum Thema gebeten**

- Einstimmig beschlossen -

vertagt

-.-.-

---

Dr. Dirk Schmitz  
Vorsitzender

---

Dieter Leifeld  
Schriftführer